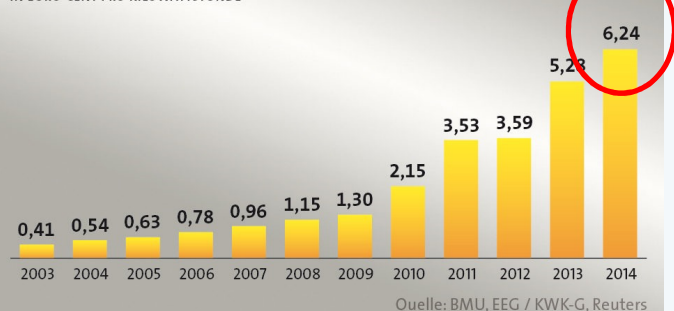


EEG-Umlage für Haushaltsstromkunden in Deutschland

IN EURO-CENT PRO KILOWATTSTUNDE



AUSGABE 41/2013 VOM 08.10.2013

SEITE 1

„Neue Bundesregierung muss Energiewende in der Wasserwirtschaft fördern“

AöW legt nach Bundestagswahl Erwartungen an die Wasserpolitik vor

Die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) hat die zukünftige Bundesregierung dazu aufgerufen, Rahmenbedingungen zu schaffen, wodurch die öffentliche Wasserwirtschaft ihre Potenziale zur Energiewende stärker heben kann. Zudem erwarte die AöW für die nächste Wahlperiode, dass die interkommunale Zusammenarbeit in der Wasserwirtschaft erleichtert und Bestandsleistungen bei der Abwasserbeseitigung gefördert werden. Dies teile die AöW in der vergangenen Woche mit.

Konkret fordert die AöW von der künftigen Regierung die Einbindung wasserwirtschaftlicher Anlagen in regionale Energiekonzepte und Versorgungsnetze. Mit Blick auf die Energiewende sei insbesondere auch die Abwasserwärme beim Transport und bei der Reinigung nutzbar zu machen. Zudem seien bessere Möglichkeiten zur vereinfachten Mischverwertung von Bioabfällen und damit die Umverteilung der Stoffströme erforderlich. Darüber hinaus ist nach Ansicht der AöW eine Anpassung der Rahmenbedingungen hinsichtlich der Eigenstromversorgung notwendig, diese dürfe nicht stärker durch EEG-Umlage, Stromsteuer oder Netzentgelte belastet werden. Stattdessen fordert die AöW von der neuen Regierung vereinfachte Zugangsbedingungen zur Schaffung eines erweiterten Anreizsystems zur höheren Eigenstromversorgung und stärkere Fördermaßnahmen im Bereich energieeffizienter Anlagen in der Wasserwirtschaft. Auch spricht sich die AöW für eine Erleichterung der interkommunalen Zusammenarbeit und der Förderung von Bestandsleistungen bei der Abwasserbeseitigung aus. Die Bürger profitieren von den öffentlichen Strukturen in der Trinkwasser- und Abwasserbeseitigung. Daher solle sich nach Ansicht der AöW die zukünftige Bundesregierung sowohl in Deutschland als auch innerhalb der EU dafür einsetzen, dass die hoheitliche Abwasserbeseitigung, insbesondere aber auch die Bestandsleistungen, weiterhin nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Die weiteren Forderungen der AöW für die nächste Wahlperiode betreffen die Qualität der Wasser- und Abwasserentsorgung und den Schutz vor Privatisierung. So fordert die AöW Rahmenbedingungen, mit der das hohe Qualitätsniveau der Wasser- und Abwasserentsorgung in Deutschland gesichert werden kann und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Komponenten der öffentlichen Wasserwirtschaft, zum Beispiel die Belastung der Gebührenzahler, berücksichtigt werden. Als wichtige Aufgabe der künftigen Regierung erachtet die AöW auch, dass die Aufgaben der Wasserwirtschaft allein in öffentlicher Hand bleiben und erfüllt werden. Eigentum an öffentlichen Einrichtungen soll nach Ansicht der AöW nicht mehr an private Dritte veräußert werden können.

Schließlich erwartet die AöW vor dem Hintergrund, dass Schädigungen der Gewässer nur schwer wieder rückgängig zu machen sind, dass der Grund- und Trinkwasserschutz für die neue Bundesregierung an erster Stelle steht und Vorrang gegenüber anderen Zielen hat. Dem Klima sei nicht gedient, wenn durch neue Technologien wie Fracking oder durch Nutzungskonkurrenzen wie beispielsweise eine intensive landwirtschaftliche Nutzung und die Biomasseproduktion, Gewässerbelastungen entstehen, so die AöW.

1. Allgemeine Entwicklung des bundesrechtlichen Rahmens Novellierung EEG

**Frankfurter Allgemeine
Wirtschaft**

Home > Wirtschaft

Kommentar
Überförderungssystem

11.11.2013 - Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss reformiert werden. Aber in Berlin fehlt der Mut dazu. Union und SPD setzen weiter voll auf Öko-Planwirtschaft.

Von HOLGER STREITZNER

Artikel

Lider fehlt in Berlin der Mut für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, obwohl die vom normalen Stromverbraucher zu zahlenden Subventionen von 1,7 im Jahr 2009 auf 23,6 Milliarden Euro im kommenden Jahr steigen werden. Statt die Förderung von Ökostrom endlich an den Markt heranzuführen, soll nur an ein paar Scheubsen gedreht werden (niedrigere Fördersätze für Windstrom, Umlage für neue Eigenstromerzeuger, Kostenbeitrag von begünstigten Unternehmen etc.).

In der Energiewende setzen Union und SPD weiter voll auf Öko-Planwirtschaft. Detaillierte Ausbauskonzepte sollen der Branche lediglich Wachsen und Investoren n, die CDU will den

http://www.faz.net/npf/2013/11/11/

**Frankfurter Allgemeine
Wirtschaft**

Home > Wirtschaft > Wirtschaftspolitik

Koalitionssprache
**Union und SPD einigen sich auf
Energiewende-Reformpaket**

10.11.2013 - Union und SPD wollen die Fiktion für Windstrom deutlich kappen und damit die Energiewende billiger machen. Auch ansonsten ist man sich über das Reformpaket zur Energiewende weitgehend einig, es gilt nur noch wenige strittige Punkte.

Artikel

Die Energiewende soll kostengünstiger werden.

„Wir werden die Umsetzung der Energiewende planbarer, berechenbarer und auf Dauer bezahlbar machen“, sagte der amtierende Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU). Am Montag soll die große Runde der Koalitionsverhandlungen die Reformvorschläge beschließen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist das Thema wichtig. „Eines der ersten großen Projekte der neuen Bundesregierung wird eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sein“, hatte die CDU-Chefin am Samstag in ihrer wöchentlichen Video-Botschaft angekündigt. Ziel müsse sein, die Kostenexplosion bei der Subventionierung des aus regenerativen Energien gewonnenen Stroms zu dämpfen.

Die Unterhändler von Union und SPD einigten sich darauf, dass es bei Windrädern an Land gerade im Norden und Nordosten deutliche Kürzungen der Stromförderung geben soll. Bundesweit sollen nur noch an „guten Standorten“ Anlagen errichtet werden. Zudem soll es nur noch einen geringen Biomasse-Kubus geben, um die Ausdehnung des Maisanbaus zu verhindern. Das umstrittene Gas-Fracking in tiefen Gesteinschichten soll so lange nicht angewandt werden, bis in Deutschland ein Einsatz ohne umweltschädliche Stoffe möglich ist.

**Frankfurter Allgemeine
Wirtschaft**

Home > Wirtschaft > Energiepolitik

s in der Debatte um die EEG-

1 Wirtschaft fordert bezahlbaren Strom trotz Energiewende.
1 Wettbewerb bewahren. Die wichtigsten Fragen im

Der Leuchtturm © SAPFO

1 Homepage FAZ.NET

kerne große Teile der deutschen Wirtschaft ein Umklappen in der unmittelbar nach der Bundestagswahl zwischen die Fronten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und die Chemische Industrie erhöhen den Druck mit konkreten Konzepten: Im Kern geht es darum, den anhaltenden Anstieg der Strompreise, der durch den unkontrollierten Ausbau der Ökostromerzeugung verursacht wird, abzumildern. Diese Fragen sind in der Reformdebatte wichtig.

Was bedeutet Direktvermarktung?

Wer künftig eine neue Photovoltaikanlage installiert oder einen Windpark errichtet, soll sich selbst darum kümmern, den Strom zu verkaufen. Das fordern die Wirtschaftsverbände. Der Zwang zu einer solchen Direktvermarktung wäre ein Bruch mit der bisherigen Förderpraxis und – zumindest bei Neuanlagen – das Ende der festen Einspeisevergütung, auf die sich Ökostromerzeuger bislang verlassen können. Die durch die EEG-Umlage finanzierte Einspeisevergütung wird Ökostromerzeugern derzeit für zwei Jahrzehnte garantiert, was den meisten Ausbau der Erneuerbaren erklärt. Eine Direktvermarktung an Stadtwerke oder Unternehmen ist schon heute möglich. Ende 2012 machte sie bei Windenergie rund 80 Prozent aus, bei Solarenergie weniger als 10 Prozent. Mit der Pflicht zur Direktvermarktung würde die Marktpreise wichtiger.

Was ist eine Marktpremie?

Ökostrom ist noch immer teurer als Strom aus Kohle- oder Kernkraftwerken. Darum erhalten Ökostromerzeuger, die ihren Strom für einen vergleichsweise niedrigen Börsenpreis an Unternehmen verkaufen, eine Marktpremie. Diese Prämie gleicht für den Stromerzeuger die Differenz zwischen Börsenpreis und der höheren EEG-Einspeisevergütung aus. Von den rund 20 Milliarden Euro, die in diesem Jahr an Ökostromerzeuger ausbezahlt werden, macht die Marktpremie nach Berechnungen des

bdeu
Energie. Wasser. Leben.

BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.
Rheinstraße 12
10117 Berlin

Positionspapier

**Vorschläge für eine
grundlegende Reform des EEG**

Berlin, 16. September 2013

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. www.bdeu.de

mögliche Argumente

- Besteuerung eigenerzeugten Strom zu, auch wenn dieser auf der Anlage direkt selbst verbraucht wird. (kalte Enteignung; dezentrale Energieerzeugung Kern der Energiewende – kann nicht unterlaufen werden)
- Daseinsvorsorge: Die Abwasserwirtschaft als hoheitliche Aufgabe auf gesetzlichen Verpflichtung, Energieeffizienz und Energiesparsamkeit zentrale Themen der letzten Jahrzehnte
- Bestandsschutz
- Unterschiedliche Gassorten
- Kostensteigerung für die Bürger
- Trinkwasser: Wichtiges Lebensmittel/Grundversorgung der Bevölkerung/nicht zusätzlich mit Steuern belasten
- Grundlage für die Stromsteuer im Grunde nicht mehr gegeben (Stabilität der Rentenversicherungsbeiträge)

